

[Bankgeheimnis: gläserne Steuergerechtigkeit](#)

OÖN Textarchiv 08.05.2013

Bankgeheimnis: gläserne Steuergerechtigkeit

Überschattet durch die Dissonanzen in der österreichischen Regierung geht die wichtige Grundsatzdiskussion unter, ob der automatische Informationsaustausch tatsächlich zu einer effizienten Reduktion der Steuerhinterziehung und somit zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen führt. Aufgrund der Löchrigkeit der europäischen Bestimmungen zum Informationsaustausch ist eine Umgehung gerade für größere Steueroptimierer ein Kinderspiel – die größte Steueroase der Welt sind dabei die USA und ihre obskuren Hoheitsgebiete. Unter dem Aspekt der Effizienz – einem meist unbekanntem Begriff in der EU-Bürokratie – sind auch Vorbehalte anzubringen. Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, führt der direkte Informationsaustausch zu einer immensen Fülle von Daten, die nur sehr schwer von den Steuerbehörden abgearbeitet werden können. Ein Ausbau der Fiskalbehörden wird eine Forderung sein, die wir bald hören werden, um der Datenflut Herr werden zu können.

Zudem wird man in Kürze wohl mit dem Totschlagargument der Steuergerechtigkeit auch fordern, dass die Steuerbehörden diese Kontodaten mit anderen Datenbanken abgleichen können, dass andere Behörden in den gleichen Genuss kommen sollen und dies alles auch für Inländer zu gelten habe.

Zum Glück gäbe es ein überlegeneres Verfahren: Das von Österreich zurzeit angewandte Quellensteuerverfahren führt zu einer effizienteren Besteuerung von undeklarierten Erträgen und wahrt zudem die Privatsphäre. Der Vorwurf, Österreich sei eine Steueroase, ist inakzeptabel: Österreich hat sich gemäß internationalen Standards verpflichtet, Kontodaten im Einzelfall offen zu legen, wenn die ansuchende ausländische Steuerbehörde einen Verdachtsmoment darlegen kann. Damit stellt Österreich sicher, dass nicht grundsätzlich jeder eines Steuervergehens verdächtigt wird, dass aber im Zweifelsfalle die Steuerbehörde gegen einen potenziellen Steuersünder vorgehen kann. Die Beweislast liegt im Sinne einer liberalen Gesellschaft beim Staat. Nicht der Generalverdacht prägt das Verhältnis zum Bürger, sondern ein Vertrauensverhältnis.

Jetzt kann man natürlich sagen, wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten. Doch damit ließe sich eben auch ein totalitärer Überwachungsstaat im Sinne Georg Orwells begründen. Im Einzelnen ist nichts dagegen zu sagen, wenn für Steuerzwecke Konto-, zur Terroristenbekämpfung Flug-, Kreditkarten- und Handydaten sowie Daten von Überwachungskameras ausgewertet werden. Allerdings: Wissen ist Macht. Aus dem Allwissen könnte Allmacht erwachsen. Die EU verfolgt immer deutlicher solche „Big Brother“-Visionen. Die löchrige, leicht umgehbare und ineffiziente EU-Lösung macht uns Bürger auf jeden Fall gläserner, aber die Steuerwelt nicht gerechter.

Teodoro Cocca Dekan der SOWI-Fakultät an der JKU

Gastkommentar

Von Teodoro Cocca